

Migrantenausbeutung: Kein Handlungsbedarf

Berlin. Die Bundesregierung plant trotz der vom Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) aufgezeigten Missstände keine Maßnahmen zum Schutz ausländischer Arbeitskräfte vor Ausbeutung und Lohndumping. Das geht aus einer Antwort des Arbeitsministeriums auf eine schriftliche Frage der Bundestagsabgeordneten Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen) hervor. Darin wird lediglich auf die Rechtslage und Klagemöglichkeiten verwiesen.

Das DIMR hatte in seinem Jahresbericht Anfang Dezember festgestellt, dass ein Teil der Arbeitsmigranten hierzulande »von schwerer Arbeitsausbeutung betroffen« sei. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/345721.migrantenausbeutung-kein-handlungsbedarf.html>